

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung
Karlheinz für Anzeigen aus Aus und
Inland. — Redaktion: 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung
Karlheinz für Anzeigen aus Aus und
Inland. — Redaktion: 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1949

Nr. 238

Dienstag, den 12. Oktober 1926

21. Jahrgang

Das Arbeitsprogramm der Regierung.

Eine Rede des Reichskanzlers in Essen.

Essen, 10. Okt. Im dichtbesetzten großen Saal des Städtischen Saalbauwerks wurde die von der Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltete staatspolitische Vortragsreihe heute abend durch eine Ansprache des Leiters der Landesleitung (Industriegebiet) Schulz eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Bracht begrüßte den Reichskanzler Dr. Marx und sprach ihm seinen warmsten Dank für das, was er im Dienste Deutschlands getan habe, aus. Hierauf sprach Ministerialrat Dr. Straßl, der Leiter der Zentralleitung der Reichszentrale für Heimatdienst, über die Tätigkeit und Ziele der Reichszentrale für Heimatdienst, insbesondere in Verbindung mit dem Industriegebiet. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reihe der staatspolitischen Vorträge die heute beginnt, guten Erfolg haben möge.

Hierauf betrat Reichskanzler Dr. Marx die Rednertribüne und hielt eine großangelegte programmatische Rede, in der er

Das Arbeitsprogramm der Regierung

entwickelte. Ausgehend von der Volkstiftung der Massen, in der der Reichskanzler eines der wichtigsten Kennzeichen der modernen Zeit überhaupt sieht, führte er zunächst aus, daß diese Volkstiftung eine Folge der Demokratisierung des öffentlichen und politischen Lebens der Neuzeit ist. Sie führt die Massen in ihren Interessen und Idealen unmittelbar an die politischen Geschehnisse heran und schlägt gewissermaßen eine Brücke zwischen Volk und Regierung. Darin ist unbedingt der neue Volkstaat dem früheren Obrigkeitstaat voraus. Über diese Volkstiftung birgt auch gewisse Gefahren in sich. Kein anderes Volk huldigt so sehr dem politischen Individualismus wie das deutsche. Dadurch ist ohne Zweifel unser deutsches Volk und unser deutscher Staat stärker als andere moderne Staaten mit innerpolitischen Spannungen und Spaltungen bedacht. Nirgendwo ist die Pflege des Gedankens der Volksgemeinschaft, der großen Gesichtspunkte, die das Volk im Staate miteinander verbinden, notwendiger als bei uns. Es ist das besondere Verdienst der Reichszentrale für Heimatdienst, daß sie in diesem Sinne wirkt. Der Gedanke einer Volksgemeinschaft erfährt heute nicht mehr die Ablehnung wie vor Jahren, als ich sie als das erstrebenswerte Ziel hinstellte. Selbst auf die Gefahr hin, auch heute noch einer Kritik zu begegnen spreche ich es unumwunden aus, daß das Ziel

„das ganze Volk in allen seinen Klassen für die Arbeit des Aufbaues und Dienstes am Vaterland zu gewinnen“

mir das Höchste zu sein scheint, das sich eine ihrer schweren Verantwortung bewußte Regierung stellen kann. Und wenn auch eine Regierung der Volksgemeinschaft, in der alle staatsbeherrschenden Parteien zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit sich die Hände reichen, vielleicht noch in weiter Ferne liegt, an der Arbeit im Sinne dieser Volksgemeinschaft soll und wird es, solange ich an der verantwortlichen Stelle stehe, nicht fehlen.

Unter Bezugnahme auf

Die Ausführungen Dr. Silverbergs

auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie führte der Reichskanzler weiter aus: Wenn Dr. Silverberg auch keine allgemeine Zustimmung fand, so hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber diese Gedanken Anklang finden. Wer von der Notwendigkeit eines einträchtigen Handinhandarbeitens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überzeugt ist, vom Arbeitgeber soziale Gesinnung und vom Arbeitnehmer wirtschaftliches Bewußtsein verlangt, wer von beiden erwartet, daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner Entwicklung mitarbeiten, der leistet unserem schwerbedrückten Volk den besten Dienst, der leistet gute Arbeit im Sinne der Volksgemeinschaft. Stellen wir das Trennende zurück und spannen wir gemeinsam alle Kräfte zum Wohl unseres Volkes an. Der Regierung ist die Mitarbeit jeder Partei willkommen, die die mühsam aufgebauten staatliche Ordnung anerkennt und sich schützend vor sie stellt. Ich habe es tief bedauert, daß kürzlich wiederum das Wort gefallen ist, es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Das wäre eine Politik, zu der ich mich niemals bekennen werde. Eine Politik, die unterscheidet zwischen Parteien, die regierungsfähig und solchen, die von vornherein als regierungsunfähig bezeichnet werden, obwohl sie zur Mitarbeit bereit sind, halte ich für ein Verbrechen. Wir brauchen alle Kräfte, die gewillt

sind zur positiven Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen, vor die wir im kommenden Winter gestellt werden. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken. Uebergehend

zur finanziellen Lage

stellte der Reichskanzler zunächst fest, daß in den Monaten Juli und August eine gute Besserung auf der Einnahmeseite zu verzeichnen ist. Zweifellos ist daraus eine größere Liquidität unserer Wirtschaft zu schließen. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß auch die Ausgaben stark angestiegen sind. Der demnächst dem Reichstag zugehende Nachtragsetat betrifft insbesondere die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, den Wohnungsbau, das Städtewesen und für die Fürsorge an besonders bedrängten Landstellen. Trotz verbesserter Steuereinnahme kann das Reich froh sein, wenn es in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt. Vor allem darf man nicht verkennen, daß man in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus Überschüssen der Vorjahre hineingeht. Wenn die Reichsregierung an dem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf nicht verkannt werden, daß dies nur möglich sein kann bei einer

befriedigende Lösung des Finanzausgleiches.

Das mit der richtigen Gestaltung des Finanzausgleiches auch die Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern zusammenhängt, und daß es sich hier um das finanzpolitische Zentralproblem für das Reich und die Länder überhaupt handelt, möchte ich mit allem Nachdruck betonen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß der gesetzgeberischen Neuregelung des Problems eingehende Erörterungen vorangehen müssen. Der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Problems ist noch nicht gekommen. In dem Gesetz über die Änderung des Finanzausgleiches von 1925 ist zwar in Aussicht genommen, daß der Finanzausgleich schon am 1. April 1927 durch Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Die dazu nötigen umfangreichen Erhebungen liegen zurzeit noch nicht abgeschlossen vor. Es bleibt jedenfalls dem Reichstag nicht genügend Frist, ein so verantwortungsvolles Gesetz rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Außerdem ist es beim Finanzausgleich nicht mit dem Reichsgesetz allein getan, sondern es bedarf noch der Ausführungsgesetze der Länder. Alles das kann bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht geschafft werden. Die schlechte Lage unserer Landwirtschaft insbesondere hat es mit sich gebracht, daß viele Steuerpflichtige ausgefallen sind, und daß infolgedessen große Mengen von Gemeinden über eine eigene hinreichende Steuerkraft nicht verfügen. Danach erscheint zurzeit ein System, bei dem die Länder durch eine zweckmäßige Weitergabe der Ueberweisungen für die Lebensfähigkeit solcher Gemeinden sorgen können, zweckmäßiger als der Versuch, schon jetzt alle Gemeinden auf ihre eigene örtliche Steuerkraft zu stellen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß im nächsten Jahr das Gesetz zur endgültigen Regelung des Finanzausgleiches dem Reichstag so bald zugänglich gemacht werden kann, daß für seine sorgfältige Durchberatung die erforderliche Zeit bleibt.

Der Reichskanzler behandelte dann

das Problem der Arbeitslosigkeit

und Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, indem er bemerkte: Als vorhandene Mittel reichen leider nicht zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus. Die Regierung steht jedoch nicht tatenlos den traurigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit gegenüber. Sie geht bei ihrer Hilfe an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen so eingesetzt werden, daß eine Beseitigung möglichst weiter Teile der Wirtschaft erreicht wird, um den schärfsten Arbeit zu verschaffen und mittelbar auch andere Teile der Wirtschaft anzukurbeln. Daneben muß vor allem die Förderung des Exportes angestrebt werden. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm erinnerte der Reichskanzler an die Millionenaufträge von Reichsbahn und Reichspost, an ein zusätzliches Beschaffungsprogramm der Reichsbahn im Werte von 120 Millionen Mark, durch das der eisenverwendenden und eisenverarbeitenden Industrie und damit besonders dem eisenverarbeitenden Industriegebiet

Aufträge in großem Umfang zukommen, ferner an den Bau von zahlreichen Wasserstraßen, von denen viele der westlichen Industrie die Verfrachtung und den Absatz ihrer Erzeugnisse wesentlich erleichtern werden und stellte dann fest, daß die bisherigen Ergebnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keineswegs ungünstig sind. Wenn auch leider die Zahl der Erwerbslosen noch immer sehr hoch ist, so hat sie doch seit Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, das heißt seit Anfang Juli, eine Verminderung um eine Viertelmillion erfahren. Dabei beginnen die meisten der ergriffenen Maßnahmen sich erst jetzt auszuwirken. So darf erwartet werden, daß auch in den nächsten Monaten fortschreitend Arbeit beschafft und der an sich ungünstige Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt abgemildert wird.

Am Schlußteil seiner Rede erwähnte der Reichskanzler die letzten internationalen Ereignisse.

Die Zuckerwirtschaft.

Vor dem Kriege bildete die Ausfuhr der Erzeugnisse der deutschen Zuckerindustrie eine der wichtigsten Ertragsquellen des deutschen Außenhandels. Bei einer Gesamterzeugung in Höhe von fast 2,6 Millionen Tonnen Rohzucker gelangten rund 1,1 Millionen Tonnen zur Ausfuhr, deren Wert 267 Millionen Mark ausmachte. Der Verfall der Verträge hat Deutschland im Osten Gebiete genommen, die nicht nur umfangreiche Rüben-Anbauflächen, sondern auch zahlreiche Zuckerrüben aufwiesen. Immerhin gelang es, bis 1925 den Ausfall einigermaßen durch technische Verbesserungen wiedergutzumachen. Während 1913 rund 340 Fabriken in Betrieb waren, welche die auf einer Fläche von 532843 ha geernteten 15 Millionen Tonnen Rüben verarbeiteten, ist die Zahl der Fabriken 1925 bis auf 281 gesunken. Sie verarbeiteten 10 Millionen Tonnen Rüben, die auf einer Fläche von 366764 ha geerntet waren. Insgesamt wurden 1925 nur noch 1,6 Millionen Tonnen Rohzucker erzeugt. Für die Ausfuhr blieben daher nur noch geringe Mengen übrig, etwa 168000 Tonnen, im Wert von 50 Millionen Mark. Allein dieser Ausfuhr steht eine Einfuhr gegenüber, die 1925 noch 143000 Tonnen im Wert von 45 Millionen Mark betrug. Das Zuckerausfuhrland Deutschland ist sogar vorübergehend zu einem Zuckereinfuhrland geworden.

In der Sorge, die Inlandszuckerzeugung könnte nicht ausreichen, wurden die Einfuhrzölle beseitigt, woraus Polen und die Tschechoslowakei außerordentlichen Nutzen gezogen haben. Was dadurch nicht erreicht wurde, war eine Senkung der Zuckerpriese im Inlande. Der Zentner Zucker kostete 1918 in Magdeburg, als dem Hauptmarkt der Zuckerindustrie, Mark 11.70. Im Jahre 1924 war der Preis für die gleiche Menge auf RM 22.30 gestiegen und betrug 1925 noch RM 18.70. Gewiß ist der Zucker ein wichtiges Nahrungsmittel, aber wenn eine Senkung der Preise erzielt werden soll, so läßt sich das durch Zollfreiheit oder nur geringe Zölle nicht erreichen. Dagegen spricht vor allem, daß die Länder, die über eine erhebliche Zuckerindustrie verfügen, garnicht daran denken, ihre eigenen Inlandpreise für die Ausfuhr zu Grunde zu legen. So wurden 1925 aus Polen 46236 Tonnen Zucker im Werte von 14,5 Millionen RM eingeführt, was einem Durchschnittspreis von 15.60 RM für einen Zentner entspricht. Dieser Preis bezieht sich auf die Einfuhr frei Grenze, also ohne Zoll und Verkaufspreisen in Deutschland. Nun kosteten 50 kg Zucker im Jahresdurchschnitt 1925 in Polen 51,30 Zloty. Da der Zloty 1925 noch ziemlich seinen Wert behaupten konnte, entsprachen die 51,30 Zloty etwa einem Wert von 86 RM. Der Inlandspreis für Zucker ist in Polen also höher als der Ausfuhrpreis. Polen verhindert jede Einfuhr durch hohe Zuckergölle. Ähnlich liegen die Verhältnisse gegenüber der Tschechoslowakei. Sie verhindert die Einfuhr gleichfalls durch hohe Zölle, läßt aber die Ausfuhr durch das Valutadumping tragen. So wurden im Jahresdurchschnitt 1925 rund 91 tschechische Kronen für 50 kg bezahlt, also etwa 10 RM. Bei einer Einfuhr von 25000 Tonnen im Werte von 8 Millionen RM kommen 50 kg tschechischer Zucker fast genau auf 18 RM zu stehen. Von der Einfuhrseite her ist also keine Senkung des Zuckerpriese zu erwarten. Das Ziel muß vielmehr durch produktionstechnische und handelspolitische Maßnahmen im Inlande erreicht werden. Der Zuckerpriese ist und bleibt im Inlande das Ergebnis der Erzeugungskosten. Und diese sind heute so hoch, daß der Zuckerpriese von RM 18.50, wie er heute für 50 kg bezahlt werden muß, die Erzeugerkosten nicht entfernt deckt. Daran, daß der Inlandsmarkt für diese bodenländliche Industrie gesichert wird, ist nicht nur die Zuckerindustrie interessiert, sondern vor allem die deutsche Landwirtschaft, für die der Rübenbau ein unentbehrliches Produktionsgebiet ist. Eine mäßige Zoll-erhöhung kann sich nur vorübergehend auf den Inlandspreis auswirken, da ja eine Steigerung der Produktion die Folge ist, sobald die Zuckerwirtschaft wieder mit Gewinn, nicht aber, wie bisher, mit Verlust rechnen kann.

808